

Bischof Martin Schindehütte

Vizepräsident des Kirchenamtes der EKD
Leiter der Hauptabteilung „Ökumene und Auslandsarbeit der EKD
Leiter des Amtes der Union Evangelischer Kirchen

Olympische Spiele 2008 –

Die Welt schaut auf China

Politischer Club Tutzing

12. Juni 2008

Religionsfreiheit und religiöse Minderheiten

Die Rolle der Kirchen

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
herzlich danke ich Ihnen für die Einladung in Ihren politischen Club. Sie haben mich gebeten, zu einem für die Zukunft so wichtigen Thema, wie dem unseres Verhältnisses zu China aus der Sicht der EKD und im Blick auf „Religionsfreiheit und religiöse Minderheiten“ zu referieren. Das will ich gerne tun.

Wie Sie vielleicht wissen, unterhält die EKD über hundert Gemeinden und Pfarrstellen in über 70 Ländern

und noch einmal rund vierzig Predigtstätten an touristisch wichtigen Orten. Das ist ein Netzwerk von kirchlicher Arbeit der EKD im Ausland, dass vielfältige und sehr lebensnahe Informationen aus dem jeweiligen Land bietet. Am vergangenen Samstag hatte ich im Rahmen eines Kongresses und einer Gesamtkonferenz aller Auslandspfarrer und -pfarrerinnen der EKD in Berlin die Möglichkeit, auch mit unseren drei nach China entsandten Pfarrerin und Pfarrern über die Lage in China zu sprechen. Die Lage, die mir die Schwester und die Brüder im Amt aus China schilderten, ist außerordentlich ambivalent. Und dies war für mich eine Bestätigung dafür, dass gegenüber China jede einlinige und vereinfachende Politik fehl am Platze ist. Es gibt gerade in der Frage der Wahrung und Gewährung von Religionsfreiheit außerordentlich widersprüchliche Erfahrungen. Straffe und aus unserer Sicht inakzeptable Restriktion stehen vorsichtigen Zulassungen religiöser Aktivitäten gegenüber, ja man kann sogar von Indizien für eine anstehende grundsätzliche Öffnung sprechen.

Sie haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, für diese Tagung des politischen Clubs die Olympischen

Spiele zum Anlass genommen, würdigend und kritisch auf China zu schauen. Ich danke Ihnen ausdrücklich dafür, dass Sie dabei mit meinem Vortrag und dem von Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt die Frage nach der Religionsfreiheit und den Menschenrechten ausdrücklich in den Blick nehmen. Ich konzentriere mich in meinem Vortrag ganz auf das Grund- und Menschenrecht der Religionsfreiheit und des Schutz religiöser Minderheiten und bin gespannt, was Katrin Göring-Eckardt zur Lage der Menschenrechten insgesamt sagen wird.

Die Tatsache, dass die Olympischen Spiele 2008 in Peking stattfinden werden, ist ja weniger der Ausgangspunkt als vielmehr das Ergebnis eines Prozesses, der dazu geführt hat, dass die Volksrepublik China aus ihrer langen Isolierung herausgetreten ist. Dass sie nun in den Kreis der respektablen und illustren olympischen Gastgeberländer aufgenommen ist, ist ein sichtbares Zeichen dieses sich vollziehenden Eintritts Chinas in die internationale Gemeinschaft. Offenkundig sehen das die Chinesen in der großen Breite der Bevölkerung selber so. Die meisten sind stolz und voller

Vorfriede auf das Ereignis. Nun aber tritt die notwendige Irritation hinzu, dass sich China im Vorfeld dieser Olympischen Spiele gefallen lassen muss, dass die Weltgemeinschaft nun auch besonders kritisch darauf blickt, ob die Kriterien für die Eignung als Gastgeberland der Olympischen Spiele auch wirklich erfüllt sind.

Die Kriterien sind auch historischen Erfahrungen geschuldet: Seit 1936 gibt es im Internationalen Olympischen Komitee wie auch unter den Regierungen, zumindest aller westlichen Länder, einen Konsens: Nie wieder dürfen die Olympischen Spiele durch eine Menschen verachtende Diktatur instrumentalisiert und zu Propagandazwecken missbraucht werden. Nicht immer wurde dieses Prinzip lupenrein durchgehalten. Ich denke an die Olympischen Spiele in Südkorea zur Zeit der Militärdiktatur oder an die Wahl Moskaus im Jahr 1980. Der damalige Boykott hat ja mehr als zweifelhafte Erfahrungen im Blick auf die Wirkung eines Boykotts mit sich gebracht hat. So sehr man nach der tatsächlichen Wirkung der olympischen Ideale kritisch fragen kann und muss, so lösen sie doch als Referenzrahmen einen

kritischen Blick auf die jeweiligen Gastgeberländer aus. So auch jetzt. Diese Tagung ist ein Beleg dafür.

Wenn ich nun aus der Sicht der Evangelischen Kirche in Deutschland nach China schaue, so ist dies auch ein Blick zurück. Seit Anfang der 1980er Jahre bestehen zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem, was ich hier zugegeben sehr summarisch die Protestantische Kirche Chinas nennen werde, Beziehungen auf verschiedenen Ebenen. Sie entwickeln sich kontinuierlich weiter und werden immer intensiver. Meine Äußerungen zur Frage der Religionsfreiheit und der Situation der Kirchen in China beziehen sich also auch auf konkrete Erfahrungen, die wir mit unseren christlichen Gesprächspartnern in China machen. Es sind natürlich auch unsere eigenen Beobachtungen, wenn wir die Kirchen in China besuchen, unsere entsandte Pastorin und die entsandten Pastoren befragen oder mit chinesischen Christen im internationalen ökumenischen Kontext zusammenarbeiten.

Es ist mir zunächst wichtig, etwas genauer zu beschreiben, wovon wir reden, wenn wir im Blick auf Chi-

na das Thema Religion bzw. Religionsfreiheit ansprechen. Viele Religionswissenschaftler und andere Gelehrte, die sich mit chinesischer Kultur und Geschichte beschäftigen, behaupten, dass die Chinesen im Großen und Ganzen ein Volk ohne Religion seien und das nicht erst seit Mao, sondern seit vielen Jahrhunderten. Ohne in die Details gehen zu wollen und zu können – ich bin kein Chinaexperte – stelle ich fest, dass es im Blick auf China nicht ganz leicht ist, Religion zu definieren. Das Wort 'Religion' ist erst Ende des 19. Jahrhunderts auf dem Umweg über die japanische Übersetzung europäischer Werke zu einem Bestandteil der chinesischen Sprache geworden. Auch das Wort 'Philosophie' gibt es im Chinesischen erst seit Anfang des 20. Jahrhunderts. Und auch dieses Wort ist bis heute wie das Wort 'Religion' ein Fremd- und Lehenwort im Chinesischen geblieben. Die Mehrheit der Chinesen wird von sich selber behaupten, dass sie keiner Religion angehört – und das hat nichts damit zu tun, ob sie Kommunisten sind oder nicht.

Unter Religionswissenschaftlern innerhalb und außerhalb Chinas ist nach wie vor umstritten, ob der Konfu-

zianismus als eine Religion oder als eine Form humanistischer Ethik zu deuten ist. Beobachtet man, wie die chinesischen Minderheiten außerhalb Chinas – etwa in Südostasien – leben, so wird deutlich, dass es so etwas wie eine typisch chinesische Religiosität gibt. Im Ausland tritt die eigene Prägung ja meist etwas pointierter hervor. Diese chinesische Religiosität setzt sich aus allerlei überlieferten Bräuchen und Riten sowie einer konfuzianischen Grundhaltung zusammen. Astrologie, Wahrsagerei, Glücksspiele, aber auch überlieferte Weisheiten in Bezug auf Ernährung, traditionelle Kräutermedizin und Naturbeobachtung sind Bestandteil dieser chinesischen Religion. Die Übergänge von dieser Volksreligiosität zu der einzigen Religion, die wirklich chinesische Wurzeln hat, nämlich dem Taoismus, sind fließend, während die Abgrenzung zum Buddhismus schon etwas deutlicher ist und zwischen Christentum bzw. Islam und der herkömmlichen chinesischen Religiosität so gut wie gar keine Übergänge mehr festgestellt werden können.

Wenn wir nun die Situation der Religionen im maoistischen China – also nach 1949 – betrachten, so sind es

zwei Momente, die eine entscheidende Rolle im Verhältnis zwischen Staat bzw. kommunistischer Partei und den Religionsgemeinschaften gespielt haben und heute noch spielen.

Erstens sehen sich die Religionen mit der uns nur zu bekannten Lehre konfrontiert, dass nach marxistischer Auffassung in der sozialistischen Gesellschaft die Religion überflüssig sei und darum bekämpft werden müsse.

Zweitens sehen sich die Religionen ständig mit dem Vorwurf konfrontiert, sie seien unpatriotisch und für ausländische Beeinflussung besonders anfällig.

Mit unterschiedlicher Intensität haben im Laufe der letzten 60 Jahre diese beiden Faktoren die Politik der kommunistischen Partei gegenüber den Religionen und insbesondere den evangelischen und katholischen Kirchen bestimmt. Das marxistische und das nationalistische Argument nährten außerdem ein grundsätzliches Misstrauen der Herrschenden gegenüber jeder Form organisierter Religion in China. Dieses Misstrauen ha-

ben die Kommunisten nicht erfunden, sondern bereits von ihren kaiserlichen Vorgängern übernommen. In einem Volk, das in seiner ganz überwiegenden Mehrheit weder organisierte Formen von Religion noch so etwas wie Konfessionen oder Glaubensbekenntnisse kennt, wirken Anhänger einer Glaubensgemeinschaft wie dem Christentum oder dem Islam auf jeden Fall verdächtig, wenn nicht sogar gefährlich. Sie stören ein Modell einer harmonischen Gesellschaft durch die mit ihren Bekenntnis scheinbar verbundene Abgrenzung.

In ihrer Geschichte haben die Chinesen mit religiösen Fanatikern keine guten Erfahrungen gemacht. Man denke nur an den sog. Taiping-Aufstand Mitte des 19. Jahrhunderts. Dieser von 1850 bis 1864 andauernde Aufstand ist einer der blutigsten Konflikte in der chinesischen Geschichte. Er war eine Konfrontation zwischen dem Kaiserreich China unter der niedergehenden Qing-Dynastie und einer Sekte um Hong Xiuquan, einem zum Christentum konvertierten Mystiker. In diesem Konflikt starben wahrscheinlich 30 Millionen Menschen. Damit war der Taiping-Aufstand der opferreichste Bürgerkrieg der Menschheitsgeschichte. Die

mit dem Jintian-Aufstand beginnende Bewegung ist nach dem *Tàipíng Tiānguó* benannt, dem *Himmlischen Reich des Großen Friedens*, welches von den Aufständischen gegründet wurde.

Das tiefe Misstrauen der chinesischen Regierung gegenüber allen Formen organisierter Religion erfährt gegenüber dem Christentum auch insofern eine besondere Zuspitzung, als das enge Bündnis zwischen den Wirtschaftsinteressen, den politischen Ambitionen und den religiösen Missionsbestrebungen der westlichen Mächte vor 1949 unvergessen ist. Und in der Tat ist ja auch heute mit den Missionsaktivitäten mancher charismatischer Bewegungen vor allem aus den USA eine Art kulturelle Homogenisierung oder eine kulturelle Dominierung, ja auch Amerikanisierung verbunden, die durchaus kulturelle Gegenbewegungen nicht nur in China verständlich macht.

Aus den historischen Erfahrungen ergab sich eine Politik, die zunächst die Zerschlagung aller bisherigen Organisationsformen von Religionsgemeinschaften zum Ziel hatte und Anfang der 1950er Jahre sowohl zur Ausweisung aller ausländischen christlichen Missionare

als auch zur Auflösung bestehender Kirchenstrukturen führte. Im Bereich der evangelischen Kirchen fanden sich eine ganze Anzahl jüngerer Kirchenführer, die für eine Zusammenarbeit mit den Maoisten aufgeschlossen waren und sich bereit fanden, das was von der Kirche übrig war, unter dem Dach der „Patriotischen Dreiselbstbewegung Protestantischer Kirchen“ zu sammeln. Die Dreiselbst-Prinzipien lauten bis heute: Selbstfinanzierung, Selbstorganisation und Selbstausbreitung – wobei sich das 'Selbst' darauf bezieht, dass die chinesische Kirche ohne Hilfe aus dem Ausland existieren will. Auch die anderen Religionsgemeinschaften in China erhielten eine vergleichbare Organisationsstruktur unter einer sog. „patriotischen Führung“.

Etwa 15 Jahre lang konnten die Religionsgemeinschaften trotz vieler Einschränkungen mehr schlecht als recht in diesen Strukturen weiter bestehen. Das änderte sich 1966 mit dem Beginn der Kulturrevolution, in der ohne Umschweife alle Formen von Religion abgeschaffen wurden. Zehn Jahre lang dauerte das Terrorregime der Rotgardisten. Sämtliche Kirchen, Tempel, Klöster und Moscheen wurden geschlossen, viele von

ihnen auch zerstört oder zweckentfremdet. Pfarrer, Priester, Theologieprofessoren, Mönche und Nonnen wurden verjagt, zur Zwangsarbeit aufs Land oder in die Fabriken geschickt. Religiöses Leben einschließlich der volkstümlichen chinesischen Bräuche und Rituale kamen vollkommen zum Erliegen. Religiöse Schriften, also auch sämtliche Bibeln, Andachts- und Gesangbücher wurden verbrannt und alle Ausbildungsstätten für den kirchlichen Nachwuchs geschlossen. Das Einzige, was bei evangelischen Christen blieb, waren mehr oder minder geheime Treffen in Privatwohnungen, bei denen gebetet und auswendig aus der Bibel zitiert wurde.

Mit dem Ende der Kulturrevolution begann für die Religionen in der Volksrepublik China eine vollkommen neue Ära. Wie man auch in offiziellen Statistiken nachlesen kann, hat sich die Zahl der "Religionsanhänger", wie sie in China genannt werden, in den letzten 30 Jahren in einer Weise vermehrt, wie es niemand hätte vorhersagen können. Insbesondere gilt dies für die evangelischen Christen, deren Zahl in der offiziellen Statistik zwar nur mit 18 Mio. angegeben werden, die man aber in seriösen Erhebungen auf mindestens 40

Mio. schätzt. Unter 1,5 Milliarden Menschen sind natürlich auch 40 Millionen noch eine kleine Minderheit, aber wenn man betrachtet, dass es vor dem Zweiten Weltkrieg trotz vieler hundert westlicher Missionare weniger als 1 Mio. evangelischer Christen in ganz China gab, ist das ein verblüffender Erfolg für die Dreiselbst-Kirche.

Wie aber steht es um die Religionsfreiheit? Die chinesische Verfassung garantiert den Bürgern die Freiheit, eine Religion auszuüben oder keine Religion auszuüben. Ob man dies als Garantie der Religionsfreiheit bezeichnen kann, ist mehr als fraglich, denn nicht die Religionsfreiheit im Allgemeinen, sondern nur die Ausübung bestimmter Religionen - und zwar der fünf staatlich anerkannten Religionen - wird durch die Verfassung gestattet. In der Volksrepublik China gibt es fünf anerkannte Religionen, nämlich den Buddhismus, den Taoismus, den Islam und bei den Christen die katholische Kirche und die protestantische Kirche, die als zwei unterschiedliche Religionen betrachtet werden. Dass Katholiken und Protestanten als unterschiedliche Religionen gelten, haben sie ihrer eigenen Missionsgeschichte in China zu verdanken. Sie führten unter-

schiedliche Bibelübersetzungen ein und konnten sich weder auf eine gemeinsame Bezeichnung für Gott noch auf gleichlautende Namen für die verschiedenen biblischen Personen einigen. Dies macht es Chinesen ausgesprochen schwer, die beiden christlichen Konfessionen als ein- und dieselbe Religion zu verstehen.

Die Beschränkung auf die fünf anerkannten Religionen bedeutet, dass beispielsweise orthodoxe Christen, aber auch Juden, geschweige denn Gruppierungen wie Falun Gong oder einzelne protestantische Konfessionen, die sich als Kirche organisieren möchten, nicht in den Genuss der gewährten Religionsfreiheit kommen.

Für den Bereich der evangelischen Kirche gilt, dass neben der 1950 gegründeten „Patriotischen Dreiselbstbewegung“ im Jahre 1980 eine parallele Organisation gegründet wurde, die sich der „Chinesische Christenrat“ nennt und die sich um die geistlichen Belange und den Gemeindeaufbau kümmert. Genau betrachtet gibt es aber bis heute keine autonome Kirchenleitung. Die Kommunistische Partei einerseits und der Staat andererseits kümmern sich um jede noch so geringfügige

interne Angelegenheit und üben unmittelbaren Einfluss auf das kirchliche Leben aus.

Die kommunistische Partei verfügt auf allen Ebenen der Provinzen, der Distrikte und der Städte und Dörfer über einen Apparat, der sich in besonderer Weise um die Umsetzung der Parteibeschlüsse in Bezug auf Religionen und Minderheiten kümmert. Daneben gibt es ebenfalls auf allen Ebenen die staatlichen Religionsbüros, die Hand in Hand mit Vertretern der Religionsgemeinschaften die Ausübung von Religion organisieren, verwalten, aber vor allem auch kontrollieren.

Es kann insofern nicht von Religionsfreiheit in China die Rede sein, als die staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften aufs Engste mit den Partei- und Staatsverwaltungen verflochten sind. Es gibt keine Spielräume für autonome Entscheidungen einer Religionsgemeinschaft. Besonders gravierend ist dies bei der Berufung von Personen in geistliche Ämter, insbesondere in leitende Ämter, denn ohne Genehmigung der jeweiligen Parteiinstanz darf niemand in sein Amt als Priester, Pfarrer, Imam oder Lama berufen werden.

Ganz besonders heikel ist dies natürlich im Bereich der katholischen Kirche, wo die staatlich anerkannte Patriotische Kirche ihre Bischöfe ohne päpstliche Bestätigung ernennt, während die papsttreue Kirche als „Untergrundkirche“ scharfen Sanktionen des Staates ausgesetzt ist.

Ein besonders heikler Punkt chinesischer Religionspolitik ist die Regelung bezüglich der Registrierung religiöser Räume. Gottesdienste bzw. religiöse Handlungen und Versammlungen dürfen nur in solchen Räumen stattfinden, die ausdrücklich dafür genehmigt sind. Nicht die einzelne religiöse Gruppe, sondern der Raum, in dem eine religiöse Veranstaltung stattfindet, muss bei der Religionsbehörde registriert werden. Dieses Verfahren und die Weigerung vieler evangelischer Gemeinden, die Registrierung zu beantragen, führt regelmäßig zu Konflikten, bei denen gottesdienstliche Versammlungen aufgelöst, Personen verhaftet und religiöses Schrifttum beschlagnahmt werden.

Besonders die schnell wachsenden Gemeinden aus dem evangelikalen, fundamentalistischen oder charis-

matisch-pfingstlerischen Spektrum des Protestantismus weigern sich standhaft, ihre Versammlungsräume registrieren zu lassen. Sie werden deshalb als Hauskirchenbewegung bezeichnet. Vielerorts werden diese nicht-registrierten Hausgemeinden von den Behörden geduldet, jedenfalls solange sie nicht eine kritische Größe überschreiten. Wer allerdings vor einem ausgewachsenen Kirchengebäude mit mehreren tausend Sitzplätzen steht und erfährt, dass dies keine Kirche, sondern eine nicht-registrierte Hausgemeinde sei, wird sich sicher wundern. Rein rechtlich haben die Behörden die Möglichkeit, dieses Gebäude jederzeit abreißen zu lassen oder zumindest die Versammlungen zu verbieten, solange keine Registrierung erfolgt. Nur sie tun es meist nicht und lassen statt dessen diesen Schwebestand bestehen.

Es gibt meiner Meinung nach keinen Anlass, ein besonders düsteres Bild der Situation in China zu zeichnen, denn es gibt keinerlei Indizien für eine Christenverfolgung oder für die Unterdrückung von Religion im Allgemeinen. In unseren Begegnungen mit chinesischen Christen erleben wir ihre Dankbarkeit und Freu-

de darüber, dass die Gemeinden wachsen, dass die Zahl der Theologiestudenten zunimmt und überall im Lande neue Kirchengebäude entstehen. Vor wenigen Wochen wurde die größte Bibeldruckerei der Welt in Nanjing eingeweiht und im Herbst wird dort auch das neue theologische Seminar für 500 Theologiestudenten eröffnet. Bei aller staatlicher Kontrolle und Bevormundung durch die kommunistische Partei erleben die Christen die gegenwärtige Situation als die beste Zeit, die die Kirchen in China jemals hatten. Die Freiräume für kirchliche Aktivitäten scheinen immer größer zu werden. Das hängt auch damit zusammen, dass die kommunistische Partei nicht mehr von der Abschaffung der Religion spricht, sondern Erwartungen an die Religionsgemeinschaften beim Aufbau einer sozial gerechten Gesellschaft formuliert. Der Volkskongress hat sogar einen Passus für die Statuten der kommunistischen Partei zur Prüfung an einen Ausschuss überweisen, der von dem nützlichen Beitrag der Religion für die Harmonie der Gesellschaft spricht.

Die anerkannten Religionsgemeinschaften werden aufgefordert, soziale Aktivitäten zu entfalten. Es entste-

hen überall im Land Altenheime sowie Einrichtungen für Behinderte, Drogenberatungsstellen und andere diakonische Initiativen in Trägerschaft der Kirchen und anderer Religionsgemeinschaften. Die amity-foundation ist ein in China hoch anerkanntes christliches Sozialwerk, mit dem der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) unserer evangelischen Kirche eng zusammenarbeitet. Gerade im Zusammenhang mit der Katastrophenhilfe im Erdbebengebiet von Sechuan wurde der starke Einsatz kirchlicher Gruppen gelobt. Das Engagement der Christen auf diesem Gebiet wird in politischen Reden positiv bewertet und als Beitrag zum Aufbau einer harmonischen und sozialistischen Gesellschaft interpretiert.

Nach allem, was ich gesagt habe, werden einige sicher denken, dass ich die Situation verharmlose oder gar schönreden möchte. Das ist nicht meine Intention. Aber ich möchte ernst nehmen, was unsere christlichen Partner in China selber empfinden und mich mit ihnen darüber freuen, dass sich die Religionen und insbesondere die protestantische Kirche in diesem Klima relativer Freiheit so gut entwickeln. Das ändert nichts dar-

an, dass es aus der Sicht westlicher Demokratien also aus unserer Sicht in der Volksrepublik China keine Religionsfreiheit gibt.

Die Religionsfreiheit, wie wir sie in unseren westlichen Verfassungstexten definieren, nämlich als individuelles und kollektives Grundrecht, das sowohl die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses als auch das Recht der ungestörten öffentlichen Religionsausübung beinhaltet, existiert in China so nicht. Wie bereits dargestellt, beschränkt sich das Recht der Religionsausübung auf Aktivitäten im Kontext der fünf vom Staat anerkannten Religionsgemeinschaften. Darüber hinaus sind vom Gesetz nur sogenannte "normale religiöse Aktivitäten" erlaubt, wobei die kommunistische Partei definiert, wann und wodurch man die Grenzen der Normalität überschreitet. Einen Auftrag zur Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung, wie wir ihn für unsere Kirchen in Deutschland kennen, ist (noch?) undenkbar.

Die Tatsache, dass jede Form der Religionsausübung genehmigungspflichtig ist und der genauen Kontrolle

der Organe des Staates und der kommunistischen Partei unterliegt, widerspricht natürlich unserem Verständnis von Religionsfreiheit. Wo beispielsweise eine Kirche nicht das Recht hat, ihre Pfarrer oder Bischöfe nach eigenen Kriterien zu berufen, sondern dafür der Zustimmung von Parteiorganen bedarf, können wir nicht von Religionsfreiheit sprechen. Wir haben es im Blick auf die Religionsfreiheit mit einer Situation zu tun, wo es nicht um kleinere oder größere Korrekturen bei der Ausführung von Gesetzen oder Parteidirektiven geht, sondern darum, dass der Absolutheitsanspruch der kommunistischen Partei mit den Grundrechten der Gewissens- und Glaubensfreiheit und dem Grundrecht auf ungestörte Religionsausübung niemals kompatibel sein kann. Wo eine ideologisch bestimmte Partei wie die KP Chinas neben sich keine anderen politischen Bewegungen oder Parteien duldet und sich selbst über Parlamente und Gerichte stellt, ist man von einer rechtsstaatlichen Situation weit entfernt.

Gleichwohl finde ich es bemerkenswert, dass hohe chinesische Regierungsbeamte auch nach Deutschland kommen, um unsere Verwaltungs- und Rechtspraxis zu

studieren. Es gibt einen sogenannten „Rechtsstaatsdialog“, an dem sich auch die Evangelische Kirche personell und finanziell beteiligt. Auf dem Programm des nächsten Dialogs im Herbst dieses Jahres steht auch ein Vortrag des Präsidenten des Landskirchenamtes der Hannoverschen Landeskirche über das Staatskirchen-Verhältnis in Deutschland. Vielleicht hinterlässt unser kooperatives Verhältnis von Staat und Kirche auf der Basis ihrer grundsätzlichen Trennung ja seine langfristige Wirkung.

In meinem Vortrag kann und will ich mich natürlich nicht auf die christlichen Kirchen in China beschränken. Es gehört zu unserem Eintreten für Religionsfreiheit, dass wir in gleicher Weise und Entschiedenheit für die Religionsfreiheit aller anderen religiösen Minderheiten eingehen. Dazu gehört auch der aktuellen Tibet-Konflikt in seiner religiösen und kulturellen Dimension.

Die seit Mitte März anhaltenden und teilweise gewaltsamen Proteste von Tibetern sowohl in Tibet und angrenzenden Provinzen wie auch im Ausland erinnern uns daran, dass die Volksrepublik China im Jahr 1950

das unabhängige Land Tibet militärisch besetzt hat und es seit dem als Teil des chinesischen Staatsverbandes betrachtet.

Nach einem Aufstand gegen die Besatzer, der im Jahre 1959 vielen Tausenden von Tibetern das Leben kostete, floh das religiöse und politische Oberhaupt, der Dalai Lama zu Fuß nach Nordindien, wo er seitdem einer „Exilregierung“ vorsteht.

Seit über fünfzig Jahren geht die Annektion Tibets mit einer massiven Unterdrückung der Bevölkerung einher, die vor allem – und darum geht es mir hier vornehmlich - deren kulturelle und religiöse Identität zu vernichten droht. Das gesamte kulturelle und gesellschaftliche Leben Tibets ist seit Jahrhunderten vom Buddhismus durchdrungen und geprägt, so dass viele Maßnahmen der Kommunistischen Partei und der Regierung Chinas im Blick auf die Bevölkerung Tibets als eine brutale Unterdrückung der Religionsfreiheit bezeichnet werden müssen.

Die Auflösung und Zerstörung unzähliger Klöster vor allem während der chinesischen Kulturrevolution und in diesem Zusammenhang die Verfolgung, Verhaftung, Misshandlung und Tötung sehr vieler Mönche zählen zu den dunkelsten Kapiteln des maoistischen Chinas.

Bis heute gilt das Verbot, Bilder des Dalai Lama zu besitzen oder aufzuhängen. Verwaltungsvorschriften engen die Religionsausübung in unerträglicher Weise ein. Staatliche Instanzen bestimmen, wer Mönch und vor allem, wer als Lama anerkannt werden darf. Auch wenn inzwischen auch Klöster wieder errichtet werden durften und die individuelle Religionsausübung gestattet ist, sind die Rechte der Tibeter auf freie Ausübung ihrer Religion keineswegs gewährleistet.

Jenseits der immer noch aktuellen Diskussion um Tibet muss auf die Situation der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften in allen Regionen Chinas hingewiesen werden.

Unser Eintreten für die Verwirklichung der Religionsfreiheit in China bezieht die Muslime, insbesondere das

Volk der Uiguren im Autonomen Gebiet Xinjiang ebenso ein wie die Buddhisten im ganzen Land, besonders aber das tibetanische Volk nicht nur im Autonomen Gebiet Tibet sondern vor allen - und das ist vielen gar nicht so bewusst - in den angrenzenden Provinzen. Unsere Forderung nach Verwirklichung der Religionsfreiheit für diese religiösen Minderheiten ist ganz parallel zur Situation der Katholischen Kirche und der Evangelischen Christen, die – wie dargelegt - in Folge der Einmischung der Kommunistischen Partei und der Vorschriften des Staates häufig daran gehindert werden, ihr Kirchen- und Gemeindeleben nach den eigenen Glaubensüberzeugungen zu gestalten.

Auf die Situation der Religionen in China verweist auch die Veröffentlichung des Evangelischen Missionswerks (EMW) „China und die Olympiade 2008“, die von den deutschen evangelischen Kirchen und Missionswerken schon im letzten Jahr in Auftrag gegeben wurde.

Alle die anlässlich der Olympischen Spiele – und natürlich nicht nur aus diesem Anlass - nach China reisen, sollten die Olympischen Spielen in Peking bewusst da-

zu nutzen, das kirchliche Leben aber auch die Situation anderer Religionen in China mit eigenen Augen kennen zu lernen, indem sie christliche Gottesdienste und Tempel besuchen und mit Gläubigen ins Gespräch kommen.

Die Berichterstattung westlicher und insbesondere auch deutscher Medien wurde von Chinesen innerhalb und außerhalb Chinas als tendenziös empfunden. Die oft unkritische Unterstützung der „Free Tibet“-Kampagne, die den olympischen Fackellauf durch westliche Großstädte begleitete, hat nationalistische Strömungen in China Auftrieb gegeben. Auch kirchliche Partner fühlten sich durch die westliche Reaktion brüskiert. Die Evangelische Chinesische Gemeinde in Berlin gehörte zu den Hauptveranstaltern der Demonstration gegen „Nachrichtenverfälschung“, an der sich am 19. April 3.000 Chinesen beteiligt haben.¹

Die Ostasienkommission des Evangelischen Missionswerks (EMW) appellierte an die Kirchen und Missions-

¹

<http://www.swr.de/nachrichten/-/id=396/nid=396/did=3427646/1457vam/index.html>

werke, „die chinesische Reaktion auf unser gegenwärtiges mediales Chinabild ernst zu nehmen“ und auch der am 5./6. Mai in St. Ottilien tagende Ökumenische China Arbeitskreis (ÖCAK) äußerte die Befürchtung, dass die von Klischees bestimmte Berichterstattung, dem Ansehen der westlichen Presse in der chinesischen Öffentlichkeit dauerhaft schaden könnte.

Vor diesem Hintergrund hat sich die EKD in der Debatte um einen möglichen Boykott der Olympischen Spiele deutlich gegen einen solchen Schritt gewandt. Abgesehen von den zweifelhaften direkten Wirkungen eines Boykotts sind wir der Auffassung, dass ein solcher Boykott mittelfristig den Prozess einer langsamen Öffnung, wie ich ihn beschrieben habe, stoppen, wenn nicht umkehren würde. Er hätte die Gefahr in sich getragen, das Land für eine längere Periode erneut kulturell abzuschotten. Wir sehen vielmehr eine Chance zur Förderung des Prozesses der Öffnung in der Nutzung der Möglichkeiten, die die große Aufmerksamkeit während der Olympischen Spiele bedeuten könnten. Gemeinsam mit ihrem Sportbeauftragten der EKD Valentin Schmidt haben wir uns gezielt an die Journalisten gewandt, die

zur Olympiade nach China reisen und sie mit Hintergrundinformationen zur Situation der Menschenrechte, insbesondere zur Lage der Kirchen in China versorgt².

Diese Initiative von Seiten der EKD versteht sich ergänzend zu einer zuvor von Bischöfin Margot Käßmann von der Hannoverschen Landeskirche ins Leben gerufene Aktion, bei der schwarze Armbändern mit einem Facettenkreuz und dem Aufdruck: „...dass Friede und Gerechtigkeit sich küssen. Ps 85“ verteilt wurden. Diese Initiative hat zum Ziel vor und während der Olympiade ein sichtbares Zeichen des Protestes gegen Menschenrechtsverletzungen in China und Tibet zu setzen. Die Armbänder können bei der Landeskirche bestellt werden und werden kostenlos verteilt, es wird aber eine Spende zugunsten von Asian Human Rights Commission (AHRC) gebeten. Die Aktion ist in kurzer Zeit auf ein breites Echo innerhalb der Bevölkerung gesto-

² EMW & China-InfoStelle (Hg), „Schneller, höher, stärker“ –China und die Olympiade 2008, Hamburg, 2007, ISSN 1436-2058
Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V., SympathieMagazin Nr.10 „China verstehen“, München, 2007
Georg Evers, Zur Lage der menschenrechte in der Volksrepublik China – Wandel in der Religionspolitik?, Missio –Internationales Katholisches Missionswerk e.V., Aachen, 2008, ISSN 1618-6222

Ben. Weit über 100000 Armbänder wurden auf vorherige Bestellung versandt.

Ich komme zum Schluss und greife noch einmal die offizielle Ideologie der Kommunistische Partei Chinas auf. Noch immer hält sie offiziell an dem marxistisch-leninistischen Glaubenssatz fest, Religion sei "Opium für das Volk" und werde darum in einer sozialistischen Gesellschaft schließlich überflüssig sein. Dass die Realität eine andere ist, ficht ja ideologisch erstarrte Systeme lange nicht an, ehe sie meist in einem Rutsch implodieren. Da wir es bei Chinesen mit sehr pragmatischen Menschen zu tun haben, definieren sie sich selbst als eine sozialistische Gesellschaft im Anfangsstadium. In diesem Anfangsstadium ist durchaus noch Platz für das Phänomen der Religion. Wie lange dieses Anfangsstadium anhalten soll, weiß niemand und will wohl auch niemand wissen. Hier und da lässt der eine oder andere Parteifunktionär auch mal anklingen, dass möglicherweise die Religion sogar länger bestehen könnte als die kommunistische Partei Chinas.

Nun, diese Form von Realismus ist nicht die schlechteste.